

# Die Euro-Zone als Konfliktzone

*In der Währungsunion wurden Länder von derart unterschiedlicher Wirtschaftskraft und Disziplin zusammengetan, dass dies Währung und Wohlstand bedroht. Von Beat Gygi*

Die Spannungen in der Europäischen Währungsunion sind mehr oder weniger die Quittung dafür, dass Politiker in der europäischen Währung immer wieder ein Instrument gesehen haben, um die politische Integration Europas zu beschleunigen oder zu erzwingen. Die wirtschaftliche Institution Geld wurde durch die Politik ein Stück weit missbraucht, um Ziele abseits der Geldpolitik zu verfolgen, was eine Gefahr für die Geldwertstabilität und die Wirtschaft darstellt. Die Frage, wie weit man die gemeinsame Währung als Katalysator für das politische Zusammenwachsen (oder Zusammenpressen) der EU brauchen dürfe, wurde Ende der neunziger Jahre besonders hitzig diskutiert, als in Deutschland der Übergang zur Währungsunion anstand. Immer wieder hatten Kritiker mahnend darauf hingewiesen, dass etwas, das ökonomisch unsinnig sei, auch politisch nicht sinnvoll sein könne.

## *Beseitigung des Wettbewerbs*

Blickt man nach Griechenland, wo Streiks, Spekulationen gegen die Staatsfinanzen, Staatsschulden, öffentlicher Schlendrian, Arbeitslosigkeit und sozialpolitische Kämpfe das Bild prägen, wird einem vor Augen geführt, dass solche Warnungen nicht leichtfertig formuliert worden waren. Leichtfertig war dagegen immer wieder das Verhalten der Politiker, die zur Erreichung relativ kurzfristiger politischer Ziele die langfristige wirtschaftliche Stabilität und Prosperität Europas aufs Spiel setzten. Noch ist nicht vergessen, wie die deutsche Regierung Kohl Ende der neunziger Jahre ohne Befragung des Volkes darauf drängte, die D-Mark abzuschaffen, um das Grosskonstrukt Euro zu errichten.

Bezogen auf den gesamten Währungsraum der 16 Euro-Länder zeigt sich heute, dass die vor zehn Jahren beschworene Hoffnung, die gemeinsame Währung möge zu einer Art Konvergenz auch in Politik, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung führen, fehl am Platz war. Wachstumsunterschiede zwischen Ländern, wie sie beobachtet werden, gibt es zwar immer, aber bereits für die einheitliche Geldpolitik ist der grosse Währungsraum wahrscheinlich zu uneinheitlich, wenn man die Differenzen in den lokalen Inflationsraten betrachtet.

Erst recht unrealistisch ist die Vorstellung, die Währungsunion führe zu Disziplin und Konvergenz in Finanz- und Sozialpolitik der Mitgliedsländer, indem die Stabilität der stärkeren Länder auf die andern abstrahle – im Gegenteil, der Gedanke, dass man sich ja in einer Schicksalsgemeinschaft befinde, hat wohl vielerorts die Nachlässigkeit noch gefördert. Und sollte Griechenland nun von den anderen EU-Staaten «gerettet» werden, wird sich diese Erwartungshaltung erst recht festsetzen. Zudem würde dann genau das offensichtlich, was man bisher offiziell immer von sich gewiesen hat: Die schwachen Länder exportieren Schwäche und Instabilität in die ganze Währungsgemeinschaft.

Zentrales Problem der Währungsunion ist die Beseitigung des Wettbewerbs, sowohl der Währungen als auch der flankierenden Politiken. Mit der Etablierung der Euro-Zone wurden die Volkswirt-

schaften so zusammengeschlossen, dass sie Freiheitsgrade verloren. Wechselkursventile wurden geschlossen, so dass Differenzen in Produktivität, Sparsamkeit, Arbeitswille, politischer Umverteilung, Temperament von Interessenorganisationen oder Innovationskraft nur noch über Ventile ausgeglichen werden konnten, die eng mit der realen Wirtschaft verbunden sind, etwa über Importe, Exporte, Einkommen, Löhne, Preise, Mieten, Investitionen; beim Staat etwa über Defizite und Verschuldung. Vielen unangenehmen Anpassungen wich man gerne über die staatlichen Ventile des Schuldenmachens aus, trotz Stabilitäts- und Wachstumspakt. Die anfangs formulierten Maastricht-Kriterien mit den Grenzen für Staatsverschuldung (60% des Bruttoinlandprodukts) und jährliches Defizit (3%) waren nie sehr glaubwürdige Schranken. Gut zehn Jahre lang ging es dennoch ziemlich gut, der hohe Aussenwert des Euro war für viele ein Beweis für die Widerstandskraft der Euro-Zone.

## *Gefahr für die EZB*

Da aber die Finanzkrise die Schönwetterperiode beendet hat und die erlaubten Ventile offenbar nicht mehr ausreichen, um den Druck in der Euro-Zone auszugleichen, stellt sich auch die Frage nach Austritten von Ländern. Italien verletzt schon lange die Maastricht-Kriterien, andere Länder mit schwachem Vertrauen am Kapitalmarkt, also Zinsaufschlägen, sind ähnlich gelagert. Die Frage stellt sich umso dringender, als eine zentrale Institution, die bisher stabil war, sonst ebenfalls in Gefahr geraten kann: die Europäische Zentralbank (EZB). Wenn die Umverteilungsbegehren der schwachen Länder militanter werden, wird es keine Garantie dafür geben, dass die EZB nicht «geknackt» wird. Im ersten Jahrzehnt hat sie sich vor allem deshalb gut gehalten, weil ihre Führungspersönlichkeiten auf Stabilität ausgerichtet waren. Mit neuen, anders ausgerichteten Leuten könnte eine EZB durchaus auf einen andern Kurs geraten.